

Die EU sucht händerringend nach Impfstoff

Der Streit um die gerechte Verteilung der Vakzine innerhalb der Gemeinschaft überschattet den virtuellen EU-Gipfel. Beim Reizthema Türkei zeichnet sich derweil Entspannung ab.

VON DETLEF DREWES

BRÜSSEL Die Ratlosigkeit der 27 Staats- und Regierungschefs war mit Händen zu greifen. Sie hatten sich an diesem Donnerstag zu einem virtuellen EU-Gipfel getroffen, bei dem es eigentlich nur um eine Frage ging: Woher bekommt die Gemeinschaft schnell ausreichend viel Impfstoff? Dabei war schon vor dem Treffen absehbar, dass es darauf keine Antwort geben würde. Der Überblick, mit dem EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Tagung eröffnete, bewirkte beides: Hoffnung und Frustration. Von den 450 Millionen EU-Bürgern sind inzwischen 77 Millionen mindestens einmal geimpft worden. 18,2 Millionen haben auch eine zweite Dosis bekommen. Die EU-Staaten erhielten bisher 88 Millionen Dosen, weitere 77 Millionen gingen in den Export. Im zweiten Quartal werden 360 Millionen Dosen erwartet. Doch wer weiß schon, ob es dabei bleibt?

So wurden denn Lösungen diskutiert, von denen jeder der 27 Staatenlenker wusste, dass sie nur neue Probleme schaffen würden. Bundeskanzlerin Angela Merkel will die Impfstoffproduktion innerhalb der Gemeinschaft hochfahren, doch das wirkt nur langfristig. Eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten sprach

sich für eine schärfere Exportkontrolle aus, wohl wissend, dass diese zur Unterbrechung der Lieferketten für die Rohmaterialien der Vakzine führen könnte. Merkel bemühte sich zu verhindern, dass die EU als einziger Exporteur von Impfstoffen diese Rolle aufgibt und ebenfalls zunächst nur an sich denkt.

Dabei ahnt die EU längst, dass sie von den Unternehmen abhängig ist – und sich fragen muss, ob sie zumindest von einem Vertragspartner nicht ständig verschaukelt wird. Dass italienische Behörden am Tag vor dem Gipfel 29 Millionen Dosen des Astrazeneca-Vakzins in Italien entdeckten, deren Bestimmung auch am Donnerstag noch nicht zweifelsfrei geklärt werden konnte, hat die Stimmung aufgeheizt. 29 Millionen Dosen – das sind mehr Impfeinheiten, als das Unternehmen bisher in die EU geliefert hat.

Und dann war da noch der Streit um eine faire Verteilung, den der österreichische Kanzler Sebastian Kurz losgetreten hatte. Dieses Ungleichgewicht kommt dadurch zustande, dass nicht alle EU-Staaten, die ihnen laut Bevölkerungszahl zustehenden Mengen von den Herstellern gekauft haben. Einige wollten offenbar das teurere Vakzin von Biontech/Pfizer nicht haben und setzten auf Astrazeneca – und der Hersteller liefert nun nur einen kleinen Teil. Inzwischen hat Biontech weitere zehn Millionen Dosen zur Verfügung gestellt. Wie diese aufgeteilt werden sollen, wird seit Tagen verhandelt – eigentlich unglaublich. Die EU ringt um Exporte nicht nur mit Regierungen in Großbritannien, Australien oder den Vereinigten Staaten, sondern auch mit sich selbst. Eine Lösung? Gestern war sie nicht in Sicht.



EU-Ratspräsident Charles Michel (Bildschirm oben Mitte) spricht beim Videogipfel der EU-Staats- und Regierungschefs. Tophema sind erneut die Corona-Krise und die Impfstoffversorgung. FOTO: YVES HERMAN/DPA

Immerhin zeichnete sich so etwas wie Entspannung bei einem anderen Reizthema ab: Den Beziehungen zur Türkei. Sollte Ankara den behutsamen Wechsel zur Entspannungspolitik weiter verfolgen, könne man demnächst über eine Zollunion reden. Auch hochrangige Treffen seien dann möglich, heißt es im Abschlussprotokoll des Gipfels. Aber zunächst halte man sich zurück, um zu sehen, ob die Türkei sich nun verbindlich um bessere Beziehungen bemüht.

Seinen Höhepunkt erreichte die-

er EU-Gipfel am Abend, als sich der US-Präsident Joe Biden als Gast in die Runde einschaltete. Auf der Agenda standen vor allem atmosphärische Fragen der künftigen Zusammenarbeit, der gemeinsamen Ziele in den Verhältnissen zu Russland und China. Dabei brennt den EU-Staats- und Regierungschefs ein ganz anderes Thema unter den Nägeln: Denn eigentlich wollten sie von Biden die Frage beantwortet bekommen, ob die Vereinigten Staaten die bei den US-Herstellern geordneten Vakzine auch nach Euro-

pa liefern lassen. Schließlich hatte der neue Mann im Weißen Haus das Lieferembargo seines Vorgängers Donald Trump übernommen. Und nun bangt die Gemeinschaft beispielsweise um 160 Millionen Dosen des Vakzins von Johnson & Johnson, das zwar vor wenigen Wochen die EU-Zulassung erhielt, aber dessen Lieferung Mitte bis Ende April in den Sternen steht.

Diese Frage zu stellen, so hieß es vorab, sei jedoch für ein erstes Gespräch mit Biden vielleicht doch eher unpassend.

KOMMENTAR

Gipfel der Hilfslosigkeit

Je länger diese Pandemie dauert, umso verfahrenere, ja aussichtsloser erscheint die Situation für die Mitgliedstaaten der EU. Für den einzigen Ausweg aus dem längst überstrapazierten Ritual der immerwährenden Lockdowns unterschiedlicher Ausprägung wäre ausreichend Impfstoff nötig. Doch den gibt es nicht. So sehr sich die 27 Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen auch bemühten, das Defizit herunterzureden und Hoffungsbotschaften zu verbreiten, so offenkundig wurde doch, dass die Abhängigkeit von den Unternehmen übermächtig ist.

Die EU ist der einzige Block, der Impfstoffe exportiert, obwohl diese in den eigenen Ländern genauso dringend gebraucht werden. Im ersten Quartal standen den 27 Mitgliedstaaten 88 Millionen Dosen zur Verfügung, 77 Millionen wurden ausgeführt. Da kommen Fragen auf. Lange gewachsene, internationale Allianzen halten nicht mehr: Man kauft sich gegenseitig die ersehnten Vakzine weg, ohne über den Tag hinaus zu denken. Denn der Kampf gegen diese Pandemie ist erst gewonnen, wenn sie überall besiegt wurde.



DETLEF DREWES

INTERVIEW JEAN-NICOLAS BEUZE

„Niemand ist sicher, bis alle sicher sind“

Seit sechs Jahren wird im Jemen erbittert gekämpft. Der Chef des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen drängt auf stärkere humanitäre Hilfe.

BERLIN Seit 2015 tobt im Jemen ein verheerender Bürgerkrieg, dessen Ausbruch sich an diesem Freitag zum sechsten Mal jährt. Rund vier Millionen Menschen mussten innerhalb des Landes fliehen. Mehr als die Hälfte der rund 29 Millionen Einwohner haben nicht mehr genügend zu essen. Jemen ist auf internationale Unterstützung angewiesen. Doch die fließt eher spärlich, wie der Chef des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR im Jemen, Jean-Nicolas Beuze beklagt.



Der Chef des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR, Jean-Nicolas Beuze, mit Kindern im Jemen. FOTO: UNHCR

extremer Armut, dem Risiko einer Hungersnot sowie der zweiten Welle von COVID-19 haben zwei Drittel der Jemeniten so verwundbar gemacht, dass sie zum Überleben auf unsere humanitäre Hilfe angewiesen sind.

Wie konnte es zu dieser großen Not überhaupt kommen, wenn man bedenkt, dass der nördliche Nachbar Saudi-Arabien nicht nur Kriegspartei ist, sondern auch zu den reichsten Staaten der Welt zählt?

BEUZE Saudi-Arabien und die USA waren stets die großzügigsten Geber für die humanitäre Hilfe im Jemen. Aber wenn mehr als 20 Millionen Menschen auf Hilfe angewiesen sind, um zu überleben, wenn eine von acht Familien vertrieben wurde und wenn fünf Millionen am Rande einer Hungersnot stehen, übersteigt der Bedarf die den humanitären Partnern zur Verfügung gestellten Mittel. Nur ein gerechter und dauerhafter Frieden wird es uns ermöglichen, mehr zu tun, als auf die unmittelbaren Bedürfnisse zu reagieren. In der Zwischenzeit brauchen wir mehr finanzielle Unterstützung, denn die Hilfe von UNHCR im Jemen ist nur zu 21 Prozent finanziert.

Bei einer internationalen Geberkonferenz Anfang März sind immerhin 1,7 Milliarden Euro zusammengekommen. Ist das nichts?

BEUZE Enttäuschend ist das Wort, das mir in den Sinn kommt, da es weniger als 50 Prozent von dem darstellt, was wir brauchen, um weiterhin Leben zu retten. Infolgedessen müssen wir eine unmögliche Entscheidung darüber treffen, wer welche Art von Hilfe erhält, da wir nicht in der Lage sein werden, allen Bedürftigen zu helfen.

Wie ist die Hilfe für den Jemen konkret organisiert?

BEUZE UNHCR und seine Partner führen regelmäßige Bedarfsanalysen durch, indem sie Familien in ihrem Zuhause oder in den informellen Siedlungen besuchen, wo sie in improvisierten Zelten leben. Über unsere Partner oder direkt durch Bargeld unterstützen wir sie dann mit dem, was sie am meisten brauchen.

Lässt sich ein so ferner Konflikt den Menschen in Europa überhaupt nahebringen?

BEUZE Wir sind eine Menschheit und wenn wir die Jemeniten jetzt im Stich lassen, würden wir unsere gemeinsame Menschlichkeit verraten. Im Gegensatz zu den Konflikten näher an

Europas Küsten ist die Jemen-Krise eine isolierte Krise. Aber können wir uns von Menschen abwenden, die weniger Glück hatten als wir Europäer? In einer vernetzten Welt, wie die Covid-Pandemie zeigt, ist niemand sicher, bis alle sicher sind.

Wie kann Deutschland konkret helfen?

BEUZE Aus Deutschland kann man unsere Arbeit mit Spenden an die UNO-Flüchtlingshilfe unterstützen. Jede Spende, ob klein oder groß, macht einen Unterschied für Menschen, die alles verloren haben und auf unsere Solidarität zählen, um zu überleben.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE STEFAN VETTER

Zurückgehaltenes Gutachten fordert Kulturwandel in katholischer Kirche

KÖLN (dpa) Das vom Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki bisher unter Verschluss gehaltene Missbrauchsgutachten fordert einen Kulturwandel in der katholischen Kirche. Dem derzeitigen männerbündlerischen System müsse unter anderem durch die Berufung von Frauen in Führungspositionen entgegen gewirkt werden, empfiehlt die Münchener Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl. Ihr Gutachten wurde am Donnerstag vom Erzbischof Köln erstmals unter strengen Auflagen zur Einsicht freigegeben.

Die Gutachter untersuchten den Umgang von Bistumsverantwortlichen mit Vorwürfen des sexuellen Missbrauchs von Kindern durch Priester. Ihre Untersuchung wurde von Woelki bisher unter Verschluss gehalten, wofür er äußerungsrechtliche Bedenken anführt. Westpfahl



Der Kölner Erzbischof Kardinal Rainer Maria Woelki hat Einblicke in das von ihm kritisierte Gutachten gewährt. FOTO: BERG/DPA

Spilker Wastl weist die Vorwürfe zurück. Woelki gab stattdessen ein neues Gutachten bei dem Kölner Strafrechtler Björn Gercke in Auftrag, das in der vergangenen Woche veröffentlicht wurde.

Ebenso wie Gercke sehen auch die Gutachter von Westpfahl Spilker Wastl Pflichtversäumnisse unter anderem bei Woelkis Vorgänger Joachim Meisner (1933-2017). Der von 1989 bis 2014 amtierende Erzbischof von Köln hatte nach Bekanntwerden des Missbrauchsskandals beteu-

ert, „nichts geahnt“ zu haben. Die Münchener Gutachter kommen jedoch zu dem Schluss, dass er die Fälle in seinem Bistum genau kannte. Er habe sich jedes Mal tief erschüttert gezeigt, aber kaum Maßnahmen ergriffen, um einer Wiederholung vorzubeugen.

Kritisiert wird auch das Verhalten des Hamburger Erzbischofs Stefan Heße, früher Personalchef in Köln. Heße waren in dem Gercke-Gutachten mehrere Pflichtverletzungen zur Last gelegt worden, woraufhin er den Papst vergangene Woche um seine Entlassung bat. Woelki selbst wird auch von Westpfahl Spilker Wastl nicht belastet.

Die Kanzlei hatte angeboten, das Gutachten auf ihre alleinige Verantwortung auf ihrer Website zu veröffentlichen. Darauf ist Woelki aber nicht eingegangen.

MELDUNGEN

Immer mehr Väter beziehen Elterngeld

WIESBADEN (epd) Das Elterngeld in Deutschland wird zunehmend auch von Vätern in Anspruch genommen. Im vergangenen Jahr erhöhte sich die Zahl der Männer mit Elterngeldbezug im Vergleich zu 2019 um 6500 oder 1,4 Prozent, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag in Wiesbaden mitteilte. Die Zahl der Frauen ging dagegen um 10 500 oder 0,7 Prozent zurück. Dadurch erhöhte sich der Väteranteil leicht auf 24,8 Prozent (2019: 24,4 Prozent). Er steigt seit einigen Jahren kontinuierlich an. 2015 hatte er noch bei 20,9 Prozent gelegen.

Konfliktforscher: Zahl der Kriege steigt auf 21

HEIDELBERG (epd) Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung hat im vergangenen Jahr 359 Konflikte weltweit registriert. Davon seien 220 Konflikte, rund 60 Prozent, gewaltsam ausgetragen worden, teilte das Institut am Donnerstag bei der Veröffentlichung des Konfliktbarometers 2020 mit. Die Zahl der Kriege sei im Jahr 2020 von 15 auf 21 gestiegen.

Nordkorea feuert zwei Kurzstreckenraketen ab

BERLIN (dpa) Mit den ersten Tests von ballistischen Raketen seit einem Jahr fordert die selbst erklärte Atommacht Nordkorea den neuen US-Präsidenten Joe Biden heraus. Das kommunistisch regierte Land feuerte am Donnerstag im Abstand von knapp 20 Minuten im Kreis Hamju zwei Kurzstreckenraketen in Richtung Meer ab, wie Südkoreas Militär mitteilte. Die Raketen flogen 450 Kilometer weit, auf einer Flughöhe von bis zu 60 Kilometern, und stürzten dann ins Wasser. UN-Resolutionen verbieten Nordkorea die Erprobung ballistischer Raketen.

Polizei räumt linke Berliner Kneipe „Meuterei“

BERLIN (dpa) Begleitet von Protesten hat die Berliner Polizei am Donnerstagmorgen die alternative Kiezkneipe „Meuterei“ in Berlin-Kreuzberg geräumt. Zwei Frauen wurden dabei aus dem Haus gebracht. Die linke Szene hatte Protestaktionen im ganzen Stadtgebiet angekündigt. Wie die Polizei twitterte, wurden Nebeltöpfe und Feuerwerkskörper gezündet. 400 Menschen demonstrierten am Morgen am Kottbusser Tor. Die Räumung der „Meuterei“, deren Mietvertrag abgelaufen war, galt in der linken Szene als Symbol für die Verdrängung der alternativen Orte in Berlin. Bereits am Dienstagabend hatten mehr als tausend überwiegend junge Menschen gegen die Räumung demonstriert.

Produktion dieser Seite:
Iris Neu-Michalik, Tom Peterson
Manuel Görtz